



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

**Die neue Stadt**

**Feder, Gottfried**

**Berlin, 1939**

V. Anleitung für die Praxis

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84833](https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:466:1-84833)

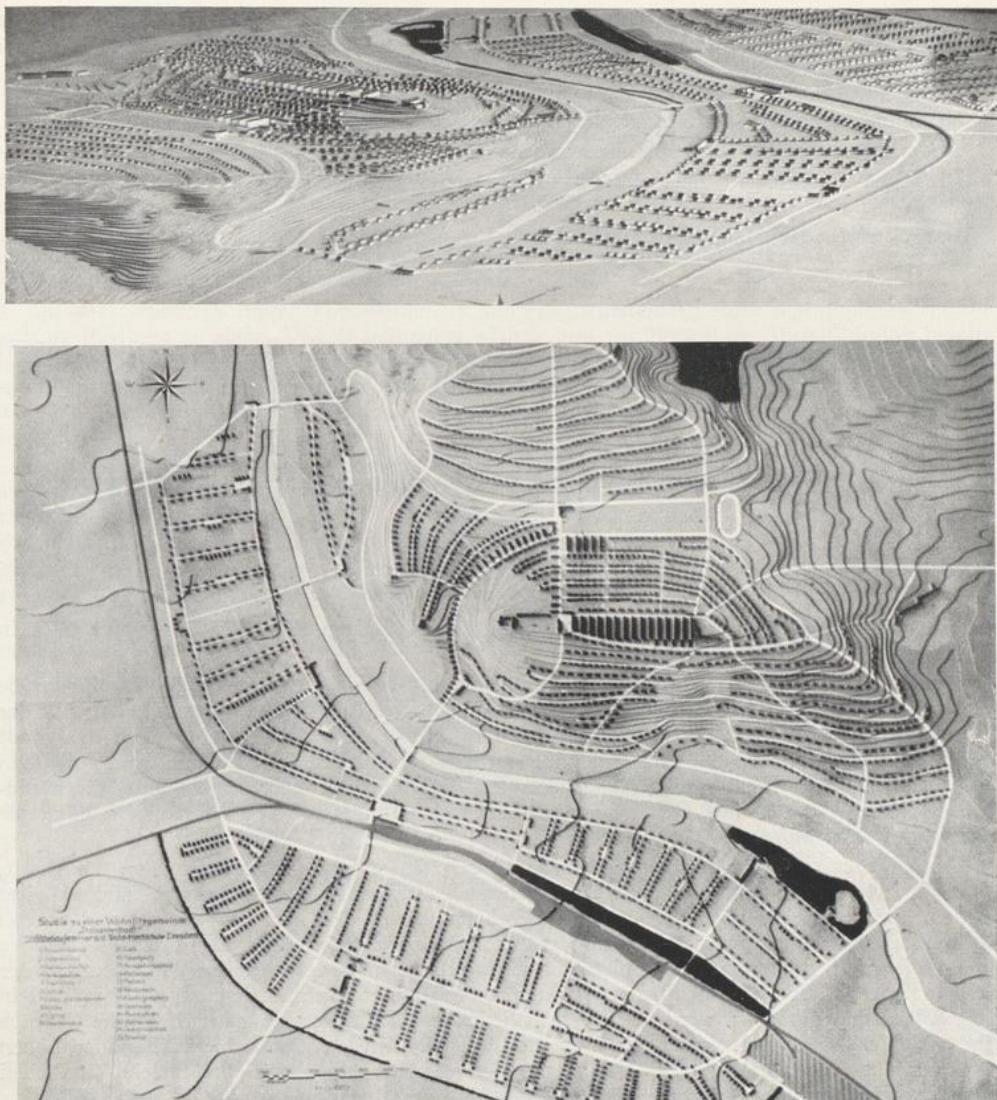


Abb. 286 u. 287. Studie zu einer Trabantenstadt. Städtebau-Seminar der Technischen Hochschule Dresden.  
Leitung Prof. A. MUESMANN.

## V. Anleitung für die Praxis.

Der praktische Gebrauch der Arbeit ist etwa folgendermaßen gedacht:

Gegeben ist in der Regel: die Zahl der in einem neu aufzubauendem Werk benötigten Erwerbstätigen, für welche eine neue Siedlung zu schaffen ist. Diese Zahl  $A$  bildet den Ausgangspunkt für alle Berechnungen der Größe der künftigen Siedlung.

Diese im Werk beschäftigten Arbeiter sind nicht in der Eigenversorgung der Siedlung tätig, sondern beschaffen gleichsam die Sachwerte und Zahlungsmittel, mit welchen die Dinge für die Siedlung gekauft werden müssen, welche in dem Wirtschaftsorganismus der Siedlung selbst nicht erzeugt werden können.

Die Flächengröße der Siedlung wird in erster Linie durch die Zahl ihrer Bewohner bedingt. Diese ergeben sich aus der Zahl der Erwerbstätigen in dem neu zu errichtenden Industriewerk.

Auf einen Erwerbstätigen entfallen etwa 3 weitere Familienangehörige, da die Familie zur Zeit etwa 4,2 Personen beträgt. Für die sich hieraus ergebende Personenzahl sind die in der Eigenversorgung der Siedlung zur Deckung des täglichen Bedarfs arbeitenden Erwerbstätigen, sowie anderer Einrichtungen, wie Verwaltung und Versorgung nach den aufgestellten Tabellen zu bestimmen, immer unter Hinzurechnung der entsprechenden weiteren Familienangehörigen.

In fremdversorgender Industrie beschäftigt:  $A$ .

In Eigenversorgung beschäftigt 39 vH der Gesamterwerbstätigen ( $G$ ) (s. Teil 1, Abschnitt V/1).

Daraus ergibt sich folgende Gleichung:

$$\frac{A}{G \cdot \frac{39}{100}}, \quad G = \frac{A \cdot 100}{61}.$$

Bezüglich der gesamten Bevölkerung ( $B$ ) beträgt der Anteil aller Erwerbstätigen 55 vH (s. Teil 1, Abschnitt V/1).

$$\frac{B}{G} = \frac{100}{55,5}, \quad B = \frac{G \cdot 100}{55,5}$$

für eine Stadt von 20000 Einwohnern sind diese Verhältniszahlen am zutreffendsten:

$$B = 20000$$

$$G = 11100$$

$$A = 6771$$

Somit könnten beispielsweise von 11100 Gesamterwerbstätigen einer 20000er Stadt 6771 in Fremdindustrien beschäftigt werden.

Aus diesen Berechnungen ergibt sich der Wohnungsbedarf, wenn man die Familiengröße annimmt und die Zahl und Größe der übrigen Gebäude (s. Teil 1, Abschnitt II B/3). Auf der Grundlage dieser Werte läßt sich der ungefähre Flächenbedarf ermitteln. (Für die Stadt von 20000 Einwohnern ergibt sich dies aus dem Strukturbild und den dazugehörigen Tabellen.) Das Resultat dieser Berechnungen ist die Aufstellung einer Erwerbstätigenbilanz, einer Einwohner-, einer Flächen- und Gebäudebilanz. Auf der Grundlage dieser Werte wird der erste Planungsentwurf aufgestellt.

Hierbei müssen schon die Abwandlungen durch den Charakter und den Typ der Stadt, auch die Art ihrer Entstehung und ihrer späteren Entwicklung in den Entwurf eingearbeitet werden. Die Besonderheiten der örtlichen Verhältnisse müssen hier mit guter Hand an das Normalbild, wie es in dieser Arbeit aufgezeichnet ist, angefügt werden. Den Charaktertyp der Stadt, wie er an dem neuen Ort entstehen soll, muß man näher umreißen. Alle Punkte der Verkehrslage und der Wirtschaftsstruktur um die Stadt herum müssen genau studiert und in ihrer Entwicklung erkannt werden. Wie weit der Anlaß der Entstehung der Stadt ihr Gepräge gibt, ist ebenfalls zu bedenken. Wie die neue Stadt sich in das organische, vorhandene Leben als neue Zelle eingliedert, welches Nahrungsgebiet sie etwa haben wird und welche ländlichen Gemeinden sie versorgen werden, muß ebenfalls überlegt werden.

In dem daraus entwickelten Lageplan werden dann bereits die topographischen, klimatischen, landschaftlichen und lokalen Eigenheiten besonders berücksichtigt werden müssen. Die städtebauliche Gliederung und Kernbildung vorher als Schema geplant, muß ebenfalls im Lageplan schon ihren Niederschlag finden. Die verschiedenen Bodenarten müssen entsprechend ihrer Nutzbarkeit bebaut werden. Die guten Böden wird man versuchen, möglichst für die Gärten oder mindestens für die Eigenheime mit Garten vorzubehalten, während man auf den schlechteren Böden eher die geschlossene dreigeschossige Bebauung ansetzen kann. Nicht selten ist auch ein gar nicht nutzbares Land für Grün immer noch sehr geeignet. Die durch die Höhenverhältnisse gegebene Staffelung des Ortes wird man so benutzen, daß einige bauliche Höhepunkte auf die höchsten Erhebungen zu liegen kommen. Das Industriegebiet sollte vom Wohngebiet durch Grün getrennt sein, aber auch nicht allzuweit davon entfernt liegen. All die vielen städtebaulichen, künstlerischen und technischen Gesichtspunkte müssen hier ihre Anwendung finden.

Die einzelnen Gebäude werden in der Arbeit lediglich in der benötigten bebauten Fläche und ungefähren Lage bestimmt. Bei der Dimensionierung der Gewerbe wird man so verfahren, daß man bei der ersten Planung die von uns ermittelten Angaben zunächst vorsieht.

Ein Herabsetzen der Quoten und eine Verminderung ist nicht zu empfehlen. Es ist besser, etwas zu verkleinern, eventuell offen gelassene Baustellen mit Wohnhäusern zu bebauen, als nachträglich Vergrößerungen vorzunehmen. Es besteht hier einerseits die Gefahr, daß man sich das Stadtbild in ähnlicher Weise wie bisher verdirbt, wenn man zu kleine Werte zugrunde legt. Andererseits möchte man eine Übersetzung ebenfalls tunlichst vermeiden. Es gibt also nur den einen Ausweg, normale Werte der Planung zugrunde zu legen und beim Bau zunächst mit geringeren Zahlen zu arbeiten. Den weiteren Ausbau bis zu den normalen Anteilen kann man erst nach eingehender Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung vornehmen. Nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen kann nun unter Benutzung der einzelnen Typenblätter die Durcharbeitung der einzelnen Gebäude und Einrichtungen erfolgen. Hierbei sind wiederum die örtlichen, landesüblichen Bauweisen und Hausformen zu berücksichtigen.

Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten ist auch die Aufstellung eines Kostenplanes für die gesamte Siedlung möglich. Das ist besonders wichtig, um vor Beginn der Durchführung bereits über die Kostenverteilung und deren Höhe Klarheit zu schaffen. Bei einem Siedlungsvorhaben ist die Finanzierungsfrage nicht nur mit der Mittelbeschaffung für die Wohnbauten und den Straßenbau gelöst. Es müssen auch die Kostenträger für die allgemeinen Einrichtungen gefunden werden.

Heute ist es bisweilen vorgekommen, daß die Errichtung öffentlicher Einrichtungen, an die man zunächst nicht gedacht hatte, auf größte Schwierigkeiten gestoßen ist, weil es an Kostenträgern gefehlt hat. Selbst wenn die Siedlung nicht in der vollen Größe auf einmal errichtet wird, sind diese Vorarbeiten von Wert, da sie kostspielige Änderungen, Umbauten oder Kompromisse bei späterem Ausbau überflüssig machen. Bisher mußten diese ausführlichen Vorarbeiten unterbleiben, weil es an Erfahrungswerten hierfür gefehlt hat.

Auch die Besitzverhältnisse im Gelände vor dem Neubau und wie sie geplant sind, müssen genauestens dargelegt werden.

### Anwendung auf vorhandene Städte.

Die hier angegebenen Standortzahlen kann man unter Berücksichtigung der örtlichen Eigenarten nun nicht nur auf neu erstehende Siedlungen, Orte oder Städte anwenden, sondern sie können auch den alten, vorhandenen Städten als Richtlinien gelten. Wie oft kommt es vor, daß durch irgendeinen Zufall ein gewisses Gewerbe übersetzt ist und sämtliche Handwerker darin notleidend sind. Meist weiß man die Ursache nicht zu ergründen und kann so durch Vergleich mit den Richtzahlen feststellen, ob diese Not vielleicht durch das Vorhandensein zu vieler Gewerbetreibenden in diesem Fach, von denen also keiner recht lebensfähig sein kann, entsteht.

Aber auch als Anregung für eventuelle Aufbaumöglichkeiten können die Richtzahlen gelten. Man muß sich nur der Mühe unterziehen und sich ein klares Bild nach den gemachten Angaben von dem Stadtyp und der Stadtgröße entwerfen, welche man gerade in Bearbeitung hat. Dieses Bild würde als ein Normalbild unter den gegebenen Umständen entwickelt werden müssen. Vergleicht man diesen Plan mit der Wirklichkeit, so erkennt man, wo noch eine Erweiterung der Erwerbsbasis möglich ist. Die Gewerbe oder öffentlichen Dienste, die in der bearbeiteten Stadt besonders schwach vertreten sind, können meist ausgebaut werden: Vielleicht nicht bis auf die Standardgröße, denn im besonderen müssen natürlich die Einzelverhältnisse noch eingehend studiert werden, aber Anregungen für die wirtschaftliche Verselbständigung des ganzen Stadtwesens sind solchen ersten Vergleichen sicher immer zu entnehmen.

Die einzelnen Abschnitte bei den öffentlichen Einrichtungen enthalten Hinweise für den Ausbau bestimmter Einrichtungen in vorhandenen kleinen Städten. Gegenüber dem scheinbar unaufhaltsamen Wachstum der Großstädte gibt es nur ein einziges Mittel, die Bevölkerung auch in den kleinen Städten zum vollen Genuß des heutigen Lebens in seiner Vielfalt zu bringen, nämlich den Aufbau möglichst aller hygienischen, kulturellen und zivilisatorischen Einrichtungen in einer dem Organismus der Stadt angepaßten Größe. Wie manche Stadt von 20000 Einwohnern hat noch kein Schwimmbad. Ein schönes Freibad und auch ein kleines Hallenschwimmbad z. B. sollte jede Stadt in dieser Größe haben. Häufig ist auch keine rechte Gelegenheit zu einer Theateraufführung selbst kleinsten Maßstabes vorhanden. Die Durchführung eines Saalbaues lohnt sich auch in vielen kleinen Städten, entweder in Verbindung mit dem Gemeinschafts- oder Feierabendhaus oder sonstigen Gebäuden, mit denen eine Kombination möglich ist. Auch ein Jugendheim, in Verbindung mit Aufmarsch- oder Sportplatz ist fast überall noch zu errichten. Oftmals sind auch nicht genügend Kinos vorhanden. Museen oder Heimatausstellungsgebäude könnten überall den Fremden als Anziehungspunkt dienen.

An diesen wenigen Beispielen soll nur gezeigt werden, wie jede Stadt und nicht nur die in der Größenordnung von etwa 20000 Einwohnern, sondern auch kleinere schon, sich durch die folgenden Ausführungen über die öffentlichen Einrichtungen Anregungen geben lassen kann, ihr Eigenleben zu steigern. Die Bevölkerung kann so im eigenen Orte festgehalten werden und braucht nicht mehr in die Großstädte abzuwandern. Wie wir aus der Zusammensetzung der Erwerbstätigkeit gesehen haben, sind auch viele Industrien, von denen behauptet wird, daß man sie nur in der Großstadt ansetzen kann, auch in kleineren Städten in Wirklichkeit vorhanden und lebensfähig, ja sogar konkurrenzfähig. Auch ein Ausbau der kleinen Städte mit Industrie ist also außerordentlich ratsam. Da die Bevölkerung der Großstädte kinderarm ist, müssen wir Wege suchen, die Menschen an die kleinen Städte zu fesseln. Hier haben sie noch stärkere Verbindung mit der Natur und sind kinderfreudiger.

### Anwendbarkeit auf andere Siedlungsgrößen.

Viele von den allgemeinen Angaben lassen sich auch auf andere kleinere oder größere Siedlungseinheiten übertragen. Es sind hier in dieser Arbeit lediglich die Städte von etwa 20000 Einwohnern untersucht worden, allerdings sind dabei auch Städte bis zu 15000 und 25000 Einwohnern in die Betrachtung einbezogen worden. Fast alle Abschnitte kann man mit einigen Einschränkungen, die man bei kleinerer oder größerer Gemeinde machen muß auch auf andere Siedlungsgrößen, wenn man mit Vorsicht vorgeht, anwenden. Das Verhältnis der ortsfremden und ortseigenen Beschäftigungen wird sich allerdings ändern. Wir glauben, daß Städte von 20000—40000 Einwohnern immerhin einen sehr hohen Hundertsatz von den in Eigenversorgung Beschäftigten enthalten. Jedenfalls ist die Verselbständigung hier größer als auf dem Land und in den Großstädten. Am stärksten jedoch wird die Veränderung in der wirtschaftlichen Struktur des Ortes sein beim Aufbau der eigenversorgenden Gewerbe und öffentlichen Dienste.

### Gewerbe.

Man kann leider nicht sagen, daß z. B. die Anzahl der Fleischer bei einer 10000er Stadt halb so groß ist, wie bei einer 20000er Stadt. Die Anteile der Gewerbe werden mit kleiner werdender Gemeinde ebenfalls kleiner, da die Bedürfnisse, je qualifizierter sie sind, in größeren Gemeinden gedeckt werden. Auf dem Lande gibt es nur noch den Krug und den Schmied, eventuell den Bäcker usw. Je größer die Stadt, um so stärker ist auch die Spezialisierung in den einzelnen Bereichen. Auf den größeren Dörfern bekommt man beim Krämer vieles zu kaufen. Vom Spaten bis zur Zigarette, von Süßigkeiten bis zu Wollwaren. In den Großstädten entstehen durch den großen Absatzmarkt Spezialgeschäfte. Nicht nur der Eisenwarenhandel ist hier vorhanden, sondern Spezialgeschäfte für Baubeschläge, für Bootsbeschläge, für eiserne Handpumpen und Brunnen usw.

### Öffentliche Dienste.

Schwieriger ist es, über die Gebäude der öffentlichen Dienste in anderen Gemeinden etwas auszusagen. Für diese Zwecke sind auf den Typenblättern bei jeder öffentlichen Einrichtung immer Anhaltspunkte gegeben worden, die einen ungefähren Schluß auf die Größe der Einrichtung in anderen Gemeinden zulassen. Viele der öffentlichen Einrichtungen fallen natürlich bei kleinen Gemeinden fort. Das Landratsamt z. B. kommt dort nur noch selten in Frage. Auch das Landgericht kommt nur in 41 von den 72 Städten vor. Arbeitsamt, Finanzamt usw. unterliegen besonderen Verteilungsprinzipien, und so ist es außerordentlich schwer, hier generell etwas zu sagen. Man muß alle Einrichtungen einzeln durchgehen und prüfen, ob für die geplante Stadt eine solche allenfalls in Frage kommt.

### Anwendbarkeit auf Großstädte.

Die Großstädte sind aus dem bisherigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben heraus entstanden und insofern begründet. Die Großstadt kann also nicht überhaupt abgelehnt werden, sondern sie ist lediglich in der heutigen Form ungenügend und entspricht nicht mehr den modernen Auffassungen, die an eine Gemeinschaft von Menschen gestellt wird, in der jeder ein gleichberechtigtes lebensfähiges Einzelglied der großen Volksgemeinschaft ist.

Erst der Umbau des Reiches (auch der Großstädte) zu organischen Zellengemeinschaften mit größtmöglicher Selbständigkeit wird uns allmählich zu einer neuen Gemeinschafts- und Lebensform hinführen. Der einzelne Erwerbstätige muß sich als bestimmter Teil eines größeren wirtschaftlichen Organismus empfinden und in seiner Arbeit für sein Leben und das seiner

- A  
nd

Kinder ein Gefühl der Sicherheit erhalten. All die Konjunkturschwankungen und fremden Einflüsse auf das Gemeinschaftsleben können durch möglichst eigenversorgenden Wirtschaftsaufbau weitgehend beschränkt werden. Daraus wächst auch ein viel sichereres und bestimmteres Lebensgefühl der Erwerbstätigen. Erst so ist es denkbar, daß der einzelne wieder so stark in seinem Beruf wurzelt, daß er die Kraft zur Familie findet. Erst aus diesem natürlichen urkräftigen Lebensgefühl kann die Familie wieder kinderreich werden.

Die organische Zellenbildung als Grundlage für eine ganze neue Wirtschaftsform überhaupt gegenüber der alten liberalistischen Wirtschaftsform läßt sich auch auf die Großstädte anwenden.

Für die Großstädte wird es sich also wieder im allgemeinen darum handeln müssen, neben der Schaffung guter Verkehrswände und würdiger, dem Dritten Reich entsprechender Gesamtbilder auch die natürliche Zellenbildung in der Stadt zu erkennen und sie, soweit als nur irgend möglich, zu betonen und auszubilden. Welche Verkehrsverluste und Verstrickungen entstehen allein dadurch, daß die meisten Großstädter nicht in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen. Mit dieser Frage befaßt sich eine weitere grundlegende Forschungsarbeit meines Lehrstuhles „Arbeitsstätte — Wohnstätte“, die ebenfalls März 1939 im Verlag Julius Springer erscheint. *Die Zusammenfassung von Zellen innerhalb der Großstadt, in denen die Erwerbstätigen von ihrer Wohnung zur Arbeit nur 20 Minuten Zeit benötigen*, ist eine erste generelle Forderung, die nach den Feststellungen dieser Arbeit aufgestellt werden muß. Selbstverständlich bedeutet dies nicht, daß jede Großstadt in lauter gleichmäßige Zellen von der Größe von 20000 Einwohnern aufgelöst werden soll, es werden wahrscheinlich 50000 eventuell auch 100000 Einwohner zu einer Gemeinschaft zusammengefaßt werden können. Man muß hierbei selbstverständlich der bisherigen Kernbildung der Stadt Rechnung tragen. Die einzelnen Viertel werden verschiedene Größe haben, je nachdem sie durch örtliche Umstände sehr weit voneinander entfernt liegen oder sehr dicht aufeinander folgen. Wesentlich scheint jedoch, daß eine solche Kern- oder Zellenbildung in den Großstädten überhaupt angestrebt wird. Ein solcher Unterteil der Stadt muß so angesehen werden, wie eine in sich geschlossene Lebensgemeinschaft von 20000 Einwohnern, die in der vorliegenden Arbeit näher untersucht wurde. Alle Menschen die in einem solchen Stadtteil wohnen, sollten nicht nur möglichst in demselben arbeiten, sondern auch die öffentlichen Einrichtungen, die Gewerbe und Läden, die für die Bevölkerung des Viertels notwendig sind, sollten soweit sie nicht in genügendem Ausmaße entwickelt sind, in jedem Stadtteil angesetzt werden. Dies hindert nicht, daß in der Innenstadt ein repräsentatives Verwaltungs- oder Regierungsviertel entsteht, das den Stadtteilen die Gemeinsamkeit verleiht und den ganzen Organismus der Großstadt zusammenfaßt.

Den weiteren Ausbau der Großstädte können wir uns nach unseren Ermittlungen auf den verschiedensten Gebieten des Städtebaues nur in der Form denken, daß unabhängig von der Großstadt neue kleinere Gemeinschaften mit möglichst selbständigem Charakter (Wohnstätten, Arbeitsstätten, Einkaufsstätten usw. in einem Ort) geschaffen werden. Hierfür kann als Beispiel die Arbeit des cand. ing. HAHN (s. Teil 4, Abschnitt IV) bereits angeführt werden.

Das Streben nach möglichster Selbständigkeit des Wirtschaftsorganismus, für das ganze Reich mit aller Kraft durchgeführt, hat so einen Unterbau auch in den kleinen und großen Einheiten erhalten, mit dem man zunächst einmal beginnen muß, um das ganze Staatswesen in sich von Grund auf organisch durchzugliedern und neu lebens- und kulturtragend zu machen.

Es ist (wie eingangs) noch einmal besonders zu unterstreichen, was bei der Nutzung der Angaben nicht genug berücksichtigt werden kann:

Die Angaben sollen Richtzahlen sein! Sie haben den Zweck, den Planer zur richtigen Größenordnung der einzelnen Planungselemente zu führen. Der im Einzelfall richtige Zahlenwert ist bedingt durch die örtlichen Gegebenheiten.

## VI. Vergleiche mit Resultaten anderer Arbeiten.

Zu Vergleichszwecken sei noch einmal auf die Arbeit von Prof. MUESMANN (S. 468, 469) zurückgegriffen. Die Arbeit fußt auf dem soziologischen und beruflichen Aufbau einer Stadt von 27 000 Einwohnern.

Wenn man nun die Personenzahlen der Tabelle S. 468 zu 1—7 in Hundertsätzen ausrechnet, so hat man über die Zusammensetzung auch der Erwerbstätigen in den 7 Gruppen ein ungefähres Bild. Dabei ist allerdings angenommen, daß die Familiengröße in allen Berufen etwa gleich ist. Selbstverständlich treten hierbei Schwankungen auf, aber es lohnt sich doch auf Grund dieser Annahme einen Vergleich zu machen. Die Erwerbstätigenzahlen verhalten sich also in der oben angeführten Arbeit zu den Resultaten der vorliegenden Arbeit folgendermaßen: